

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
Gewaltenteilung im Wandel	17
I. Gewaltenteilung im demokratischen Verfassungsstaat	18
1. Willensbildung und Entscheidung	18
② Erscheinungsformen von Gewaltenteilung: vier Ebenen	20
3. Integration auf der institutionellen Ebene	20
4. Gewaltenteilung als System	23
5. Gewaltenteilung im parlamentarischen Regierungssystem	24
6. Organschäftliche versus institutionelle Gewaltenteilung?	25
II. Grundzüge einer politologischen Gewaltenteilungslehre	27
① Gewaltenteilung als politologischer Grundbegriff	28
2. Psychologische Deutungsversuche	29
③ Montesquieu im Streit der Meinungen	33
④ Zur Problematik einer politologischen Gewaltenteilungslehre	37
4.1. Die staatsrechtliche („horizontale“) Teilungslehre	38
4.2. Probleme einer temporalen Teilungslehre	41
4.3. Probleme einer föderativen („vertikalen“) Teilungslehre	44
4.4. Probleme einer konstitutionellen Teilungslehre	45
4.5. Probleme einer dezisiven Teilungslehre	48
4.6. Probleme einer sozialen Teilungslehre	53
5. Zusammenfassung	55
III. Die Republik der Landesfürsten	56
1. Zur Vereinbarkeit von Föderalismus und Parlamentarismus	56
2. Formen des parlamentarischen Bundesstaates im Commonwealth	59
③ Zur Problemlage des parlamentarischen Bundesstaates Deutschland	62
4. Merkmale des Verbundföderalismus	64
⑤ Kooperation auf Verwaltungs- und Parteebene	69
6. Die Rolle der Ministerpräsidenten	70
7. Parteipolitik im Bundesrat	74
⑧ Das strukturelle Kernproblem	77
9. Etappen auf dem Wege zum Kontinuitätsbruch	80
10. Doppelte Mehrheiten im parlamentarischen Bundesstaat	84

IV. Semi-Präsidentialismus?	89
1. Historischer Rückblick	90
1.1. Pro und contra Monarchie	90
1.2. Republikanischer Präsidentialismus und parlamentarische Monarchie	93
2. Zur politologischen Gegenwartsdiskussion	95
2.1. Kriterienkataloge	95
2.2. Kaltefleiter's „Systeme mit bipolarer Exekutive“	99
2.3. Duverger's „neues Modell des Semi-Präsidentialismus“	101
2.4. Präsidentialismus in Lateinamerika	103
2.5. Konstitutionalismus in Osteuropa	105
2.6. Sartoris' Konzept eines „alternierenden Präsidentialismus“	107
2.7. Grundtypen mit zwei, drei und mehr Merkmalen	110
3. Parlamentarismus mit Präsidialdominanz	112
3.1. Die Entscheidung für nur ein primäres Unterscheidungsmerkmal	112
3.2. Parlamentarische Abberufbarkeit als primäres Kriterium	113
3.3. Parlamentstypus und Gewaltenteilung: Legislative und Parlament	115
3.4. Disjunktive Klassifikation und Konkordanzprinzip	117
3.5. Versuch einer systematischen Zuordnung und Übersicht	119
3.6. Konsolidierte Demokratie als Ziel	121
4. Literaturhinweise	123
V. Regierungsmehrheit und Opposition	125
1. Was heißt vergleichen?	125
2. Die fünfzehn parlamentarischen Regierungssysteme der EU/EG ..	126
3. Die Machtbefugnis des Mißtrauensvotums	128
4. Frankreichs parlamentarisches System	129
5. Wahl der Regierung als Kriterium?	131
6. Regierungsmehrheit als zentrale Erscheinungsform des parlamentarischen Regierungssystems	133
7. Verfassungsorgane und Verfassungsinstitutionen	135
8. Regierungsmehrheit und Opposition	138
9. Regierungsmehrheit und Minderheitsregierung	140
10. Regierungsmehrheit und Gesetzgebungsmehrheit	143
11. Zur Rolle des Staatsoberhauptes	146
12. Regierungsmehrheit und Opposition: eine „neue Gewaltenteilung“?	148
VI. Das Demokratie-Dilemma der Europäischen Union	152
1. Gewaltenteilung und Demokratie	152
2. Ein Demokratie-Defizit?	153
3. Das Demokratie-Dilemma	157
4. Das Gerichtsurteil vom 12. Oktober 1993	162
5. Zur Rolle der nationalen Parlamente nach Karlsruhe	167

Parteien im Wandel	171
VII. Bürger und Gemeinwesen in Europa	172
1. Die Bürger-Trias	172
2. Das Gemeinwesen als Staat und Staatenverbund	173
3. Demokratie und moderner Nationalstaat	174
4. Industrie- oder Dienstleistungsgesellschaft?	176
5. Auswirkungen auf Parteien und Demokratie	177
6. Willensbildung und Entscheidung in der Demokratie	179
6.1. Der Bürger als Repräsentant des Volkes	179
6.2. Der Bürger als entscheidungsbefugter Repräsentant	180
6.3. Bürger und politische Willensbildung im Gemeinwesen	182
6.4. Mitwirkung des Bürgers im Willensbildungsprozeß der Parteiendemokratie	183
7. Bürgersein und „kommunitärer Gemeinsinn“	185
8. Schlußbemerkung	188
VIII. Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse	189
1. Die vier Sektoren politologischer Parteienanalyse	189
2. Parteien als Ausdruck sozialer Kräfte sowie ideologischer und/oder programmatischer Ziele und Forderungen.	191
3. Parteien als Instrumente der Machtausübung	194
4. Parteien als Vermittler demokratischer Legitimation	197
5. Parteien als Interessengruppe und Karrierevehikel	199
6. Zusammenfassung	202
IX. Gesellschaftlicher Wandel als Herausforderung von Demokratie und Parteien	203
1. Gesellschaftlicher Wandel	203
2. Pluralistisch-repräsentative Demokratie	208
3. Gesellschaftlicher Wandel und Demokratie	211
4. Europäische Union und westliche Demokratie	214
5. Wahletappen	215
6. Innerparteiliche Demokratie und Gerichtsentscheidungen	218
7. Parteiendemokratie	220
8. Transition und Transformation	222
X. Offene Wahl des Regierungschefs! Eine Kontroverse	227
1. Vorbemerkung	227
2. Eine „deutsche Singularität“	228
3. Pluralistische Demokratie als Idee und Realität	230
4. Worin liegt der „Kern der anstehenden Frage“?	231
5. Wähler und Abgeordneter als Repräsentanten des Volkes	233
6. Art. 21 und 38 GG: Zwei Seiten einer Sache oder „Güterabwägung“?	234

7. Zur Problemlage der Abgeordneten	237
8. Wahlumstände – Hamburger Enquete-Kommission „Parlamentsreform“	240
9. Literaturhinweise	243
XI. Repräsentative und plebiszitäre Elemente des Verfassungsstaates	244
1. Wandel der Legitimitätsgrundlagen	244
2. Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie?	246
3. Repräsentative und plebiszitäre Partizipation	250
4. Repräsentative und plebiszitäre Elemente	252
5. Rezeptiv- und/oder konsultativ-repräsentative Demokratie	256
XII. Parteiinterne Einsichtnahme in Mitgliederlisten – zugleich eine Dokumentation	260
1. Das Problem	260
2. Ein Gespräch mit Hintergrund	261
3. Positionen	262
4. Schiedssprüche und Argumentationen in einer Partei	265
4.1. Stationen	265
4.2. CDU-Parteigerichtsbarkeit in Hamburg: Erfahrungen	268
4.3. Der Gang zum Gemeinsamen Kreisparteigericht	270
4.4. Der Kreisparteigerichts-Beschluß vom 7. März 1990	274
4.5. Der Landesparteigerichts-Beschluß vom 5. Juni 1991	276
4.5. Der Bundesparteigerichts-Beschluß vom 7. September 1992	278
5. Zum „Ob“ und „Wie“ einer Einsichtnahme	282
6. Parteiführungsinteressen	285
7. Befürchtungen und Probleme	287
8. Der 7. September 1992: Eine parteigerichtliche Verweigerung innerparteilicher Demokratie?	291
Anhang	293
1. Beschluß des CDU-Bundesparteigerichts vom 7. Sept. 1992	294
2. Zur Bedeutung innerparteilicher Kandidatenaufstellung	303
3. Zehn Thesen zum Thema „Fraktionszwang“ (3. Okt. 1993)	308
4. Inhaltsangaben „Parlamentarische und präsidentielle Demokratie“ (1979)	312
5. Quellennachweise	317
Personenregister	318